

Niederschrift
über die Sitzung des Gemeinderates im Umlaufverfahren der
Ortsgemeinde Linden vom 06.05.2021

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Frau Nicole Meier

Erste/r Beigeordnete/r ohne Stimmrecht

Herr Max Richtscheid

Beigeordnete/r ohne Stimmrecht

Herr Andreas Baque

Beigeordnete/r mit Stimmrecht

Herr Marten Wiehn

Ratsmitglied

Herr Manuel Faust

Herr Michael Hirschelmann

Herr Florian Kirsch

Frau Monika Klingel

Herr Bernhard Mang

Herr Uli Mayer

Herr Klaus Meier

Herr Rainer Müller

Herr Matthias Negle

Herr Adam Nowrot

Frau Yvonne Rubel

Herr Werner Scheerer

Herr Sebastian Philipp Schneider

Herr Boris Stölp

Herr Jürgen Wiehn

Schriftführer/in

Frau Susanne Lösch

Bürgermeister

Herr Dr. Peter Degenhardt

Rheinpfalz Redaktion

An Rheinpfalz Redaktion

SWR Redaktion

An Südwestrundfunk

RPR Redaktion

An RPR

Bekanntmachung Amtsblatt

An Amtsblatt

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: Uhr

Die Mitglieder des Gemeinderates der Gemeinde Linden sind nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Anzahl unter dem Vorsitz von Nicole Meier versammelt.

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Ende der Stimmabgabe: Donnerstag 06.05.2020, 16.00 Uhr

Die Mitglieder des Gemeinderates Linden haben sich nach ordnungsgemäßer Einladung vom 29.04.2021 in beschlussfähiger Anzahl unter dem Vorsitz von Ortsbürgermeisterin Meier Nicole am Umlaufverfahren mit Stimmabgabe bis 06.05.2021, 16.00 Uhr, beteiligt.

Das Vorverfahren zum Umlaufverfahren wurde am 26.04.2021 eröffnet. Im Vorverfahren wurde mit Fristsetzung bis 28.04.2021, 16.00 Uhr zu jedem Beschlussgegenstand abgefragt, ob:

1. es Widerspruch gibt, hierüber im Umlaufverfahren zu beschließen,
2. zu einem Beschlussgegenstand geheime Abstimmung gewünscht wird und
3. Sonderinteresse besteht.

Der Beschlussfassung der einzelnen Beschlussgegenstände im Umlaufverfahren wurde von keinem Ratsmitglied widersprochen.

Tagesordnung:

1. Angestrebter Glasfaserausbau der Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser
Vorlage: LD/061/2021
2. Erstellung eines Vorsorgekonzeptes für Hochwasser und Starkregen
Vorlage: LD/060/2021
3. Bauangelegenheiten
 - 3.1. Bauvoranfrage_Nutzungsänderung von derzeit Landwirtschaft auf Wohnen und Gewerbe, Erweiterung Wohnhaus, Umbaumaßnahmen an ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden_Ländlerhof
Vorlage: LD/059/2021

Protokoll:

- TOP 1 Angestrebter Glasfaserausbau der Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser**
Vorlage: LD/061/2021

Sachverhalt:

Die Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser strebt einen eigeninitiativen und eigenfinanzierten Glasfaserausbau in der gesamten Verbandsgemeinde Landstuhl an.

Deren Mitarbeiter, Herr Dirk Peschel stellte das Vorhaben bereits im Rahmen einer Ortsbürgermeisterdienstbesprechung vor.

Im nächsten Schritt sollen die Ortsgemeinden und deren Gremien informiert und die weitere Vorgehensweise abgestimmt werden.

Hierfür wird Herr Peschel dem Gemeinderat Linden das entsprechende Infomaterial zur Verfügung stellen.

Beschluss:

Der Gemeinderat möge das Infomaterial zur Kenntnis nehmen und ermächtigt – sofern erforderlich- die Ortsbürgermeisterin zum Abschluss des Kooperationsvertrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja 14 Nein 1 Enth. 1

- TOP 2 Erstellung eines Vorsorgekonzeptes für Hochwasser und Starkregen**
Vorlage: LD/060/2021

Sachverhalt:

In den Jahren 2016 und 2018 war Rheinland-Pfalz verstärkt von Sturzfluten aufgrund von Starkregenereignissen betroffen. Auch vereinzelte Gebiete in der Südwestpfalz wurden hiervon nicht verschont, jedoch hatten wir bisher im Gegensatz zu anderen Gemeinden noch Glück. Erneut wurde uns vor Augen geführt, dass wir solche Naturereignisse nicht verhindern und uns auch nur bedingt davor schützen können. Selbst auf Höhenlagen, weitab von den Gewässern können größere Schäden auftreten. 2020 ereignete sich ein solches Ereignis beispielsweise in Windsberg bei Pirmasens – keiner hatte jemals damit gerechnet. Aufgrund des Klimawandels wird auch zukünftig mit solchen und eventuell noch größeren Ereignissen zu rechnen sein.

Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommune und betroffenen Bürgern, bei der die Kommune eine Schlüsselrolle (Zuständigkeiten in Vorsorge, Bewältigung, Wiederaufbau) übernehmen muss.

Schon in der Vergangenheit wurden gezielt Maßnahmen umgesetzt, die zur Verbesserung der Situation vor Ort geführt haben. Die rheinland-pfälzische Wasserwirtschaftsverwaltung hat darüber informiert, dass künftig bauliche Maßnahmen gemäß den Fördervorgaben des Landes nur

noch bezuschusst werden können, wenn sich ihre Notwendigkeit aus einem örtlichen Hochwasser-/ und Starkregenvorsorgekonzept ergibt.

Aus Sicht der Verwaltung ist es deshalb sinnvoll und notwendig, ein Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzept für alle Ortsgemeinde erstellen zu lassen. Das Landesamt für Umwelt stellt hierfür beispielsweise Starkregengefahrenkarten zur Verfügung. Auf Basis dieser Karten können Risikobereiche identifiziert und Lösungen und Maßnahmen entwickelt werden. Außerdem wird im Rahmen der Konzepterstellung neben der Verwaltung, dem Bauhof, der Feuerwehr, den Ortsvorstehern und den Versorgern insbesondere auch die Bevölkerung eingebunden, informiert und zum Mitmachen aufgefordert.

Ansatzpunkte sind hier u.a.:

- Gefährdungsabschätzung bei Starkregen und Hochwasser
- Information und Sensibilisierung der Bevölkerung und der Gewerbebetriebe
- hochwasserangepasstes Planen, Bauen und Sanieren
- Wasserrückhalt oberhalb von Ortslagen
- Gefahrenabwehr und der Katastrophenschutz (Notfallplanung, Evakuierung)
- Elementarschadenversicherung

Die Verbandsgemeindeverwaltung hält es für sinnvoll, wenn die Verbandsgemeinde Landstuhl das Projekt federführend in Angriff nimmt, um einheitlich und effizient im ganzen Geltungsbereich der Verbandsgemeinde die gleichen Voraussetzungen zu schaffen.

Herr Christof Kinsinger vom Informations- und Beratungszentrum Hochwasservorsorge (IBH) hat die Ziele und Vorgehensweise in der Bürgermeisterdienstbesprechung vom 25.06.2020 bereits vorgestellt und auf Fragen geantwortet. Er ist vom Umweltministerium beauftragt, die Kommunen in dieser Angelegenheit zu beraten und wird die Ausschreibungsunterlagen für die Beauftragung eines solchen Konzeptes, gezielt abgestimmt auf die Bedürfnisse und Begebenheiten die VG Landstuhl, mit der Verbandsgemeindeverwaltung erstellen. Nach Einholung und Prüfung der entsprechenden Angebote kann der Förderantrag gestellt werden.

Laut seiner Einschätzung kostet ein solches Konzept für die gesamte Verbandsgemeinde Landstuhl ca. 150.000 €, von denen 90% bezuschusst würden und nur 10% als Eigenanteil zu tragen wären. In Abstimmung mit Herrn Bürgermeister Dr. Degenhardt wird vorgeschlagen, dass diese Kosten je zur Hälfte von der Verbandsgemeinde und den jeweiligen Ortsgemeinden getragen werden. Die Verbandsgemeinde würde die Kosten zunächst vollständig tragen und anschließend den jeweiligen Anteil der Ortsgemeinde anfordern. Diese Anteile sind nach Auskunft von Herrn Kinsinger bereits bei der Angebotserstellung bzw. der Beauftragung konkret zu

bezüffern.

Für die Beratungsleistungen des IBH auch während des Aufstellungsprozesses des Konzeptes, fallen für die Verbandsgemeinde bzw. die Ortsgemeinden keine Kosten an.

Da bei der Erstellung des Konzeptes von einem Zeitraum von 1 ½ bis 2 Jahren auszugehen ist, können die hierfür notwendigen Haushaltsmittel im Haushalt 2022 eingestellt werden.

Beschluss:

Die Verbandsgemeindeverwaltung empfiehlt dem Gemeinderat die Erstellung eines gemeinsamen Vorsorgekonzeptes für Hochwasser und Starkregen für alle Ortsgemeinden vorbehaltlich der Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz. Die Ortsgemeinde überträgt der Verbandsgemeinde Landstuhl die Aufgaben zur Erstellung des oben beschriebenen Konzeptes und ist mit der vorgeschlagenen Kostenregelung einverstanden.

Die Verbandsgemeinde Landstuhl wird außerdem ermächtigt, vorbehaltlich der Zuschussgewährung, die Erstellung des Konzeptes an das geeignetste Ingenieurbüro mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu vergeben.

Das Gremium möge darüber beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 16 Nein 0 Enth. 0

TOP 3 Bauangelegenheiten

**TOP 3.1 Bauvoranfrage_Nutzungsänderung von derzeit Landwirtschaft auf Wohnen und Gewerbe, Erweiterung Wohnhaus, Umbaumaßnahmen an ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden_Ländlerhof
Vorlage: LD/059/2021**

Sachverhalt:

Betr.: Erläuterungen zu Bauanträgen Gem.BV.Nr: 4/21

Baustelle: Ländlerhof, 66851 Linden

Projekt: Nutzungsänderung von derzeit Landwirtschaft auf Wohnen und Gewerbe, Erweiterung Wohnhaus, Umbaumaßnahmen an ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden

Baugeb. gem. BauNV Außenbereich, Aussiedlerhof **Plan-Nr. 445,**

444/4, 446/3, 446/4, 446/5

Stellungnahme der Bauverwaltung:

☐ § 30 BauGB Bebauungsplan..... Wohngebäude..... Genehmigungsfrei

☐ § 30 BauGB sonstige Vorhaben

☐ § 34 BauGB Ortsbereich

☐ § 34 Abs. 4 BauGB Abrundungssatzung

☒ § 35 BauGB Außenbereich

☒ Einwände

Das geplante Vorhaben befindet sich im Außenbereich und ist im gültigen Flächennutzungsplan als Aussiedlerhof ausgewiesen. Grundsätzlich handelt es sich um landwirtschaftliche Flächen. Weiterhin befindet sich das Vorhaben innerhalb einer im FNP ausgewiesenen Richtfunkstrecke.

Bei dem Vorhaben handelt es sich nicht um ein privilegiertes Vorhaben nach § 35 BauGB.

Beschluss:

Die Verbandsgemeindeverwaltung empfiehlt, das Einvernehmen nicht herzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 16 Nein 0 Enth. 0

Nicole Meier

Vorsitzender

Susanne Lösch

Schriftführer/in